

## Deutschland und die Militarisierung der Europäischen Union

Jürgen Wagner und Tobias Pflüger

Obwohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bereits 1992 mit dem Vertrag von Maastricht als eine der drei zentralen Säulen der Europäischen Union eingeführt wurde, führte sie lange Jahre eher ein Schattendasein. Seit Ende der 90er Jahre jedoch entwickelt sich die militärische Komponente EUropas, in den inzwischen berühmten Worten des EU-Außenbeauftragten Javier Solana, „mit Lichtgeschwindigkeit“. Ein Blick auf die drei wichtigsten EU-Dokumente, mit denen dieser Militarisierungsprozess derzeit geplant und legitimiert wird, den Verfassungsvertrag, der trotz der ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden reaktiviert werden soll, die im Dezember 2003 verabschiedete „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS) und das „European Defence Paper“ (EDP), bestätigen zusammengenommen den Verdacht, dass die Europäische Union zu einem militarisierten und aggressiv-expansionistischen Akteur geworden ist, für den Krieg als Mittel der Politik inzwischen die Normalität darstellt. Dies wird selbst von Solanas Büroleiter Robert Cooper, einem der einflussreichsten EU-Strategen, bestätigt: „Illusionen geben sich jene hin, die von Deutschland oder Europa als einer ‚zivilen Macht‘ sprechen.“<sup>96</sup>

Ausgehend von einer Bestandsaufnahme, in der das Ausmaß und die zentralen Komponenten der Militarisierung EUropas dargestellt werden, sollen in diesem Artikel die wichtigsten Triebfedern herausgearbeitet werden. Im Kern geht es dabei um drei Dinge: Einfluss im Weltmaßstab – auch gegen die USA; Rohstoffsicherung; und die militärische Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung.

### Stationen und Komponenten der Militarisierung EUropas

Wie bereits erwähnt, kam die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die militärische Komponente der GASP, nur langsam, dann aber umso gewaltiger in Fahrt: „Die ‚Geburtsstunde‘ der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik schlug im Juni 1999 unter deutscher Ratspräsidentschaft in Köln“, jubelt das Weißbuch der Bundeswehr.<sup>97</sup> Dort fiel die endgültige Entscheidung zum Aufbau einer autonomen – also unabhängig von der NATO und damit den USA einsetzbaren – EU-Eingreiftruppe. Mit dem im Dezember 1999 verabschiedeten „European Headline Goal“ präzisierte der Europäische Rat dieses Vorhaben durch den Beschluss, eine Truppe von insgesamt 60.000 Soldaten zu entwickeln – Deutschland stellt hiervon ca. ein Drittel –, die innerhalb von 60 Tagen einsatzbereit sein soll. Berücksichtigt man die für ein stehendes Kontingent notwendige Rotation, müssen je nach Schätzung insgesamt

<sup>96</sup> Cooper, Robert: Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht, in: Internationale Politik, 5/03, S. 31-38, hier: S. 35.

<sup>97</sup> Weißbuch 2006, S. 34.

120-180.000 Soldaten für die inzwischen für einsatzbereit erklärte Truppe bereitgestellt werden. Interessant ist der Aktionsradius, der zunächst auf 4.000 Kilometer rund um Brüssel festgelegt wurde, was belegt, dass es hier um die Etablierung einer global agierenden Interventionsarmee zur Durchsetzung europäischer Interessen geht. Dass die endgültige Entscheidung hierfür kurz nach der Beendigung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien erfolgte, ist kein Zufall. Die aus europäischer Sicht mangelnde amerikanische Bereitschaft, europäische Vorstellungen und Interessen zu berücksichtigen, führte zu dem Bestreben, an autonomen Kapazitäten zu gelangen, um gegebenenfalls auch unabhängig von den USA handlungs- bzw. kriegsfähig zu sein. Zu diesem Zweck wird derzeit auch ein EUropäischer militärisch-industrieller Komplex aufgebaut, dessen Speerspitze der im Jahr 2000 gegründete Superkonzern EADS darstellt, das weltweit zweitgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen. Ähnliche Konzentrationsprozesse wie bei EADS zeichnen sich im Kriegsschiff-, Triebwerks- und Panzerbau ab.

Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza wurden mit dem Beschluss zur Einsetzung eines Militärausschusses (EUMC), eines Militärstabes (EUMS) und eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK), das die politische Kontrolle und strategische Leitung der Einsätze übernimmt, auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine offensiv ausgerichtete EU-Truppe geschaffen. Derart aufgestellt wurden schnell Nägel mit Köpfen gemacht: Die ersten EU-Militäreinsätze, „Concordia“ in Mazedonien und „Artemis“ im Kongo, fanden bereits im Jahr 2003 statt. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 Kilometer von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung endgültig ad acta gelegt wurde, und zweitens agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen, indem Frankreich die operative Führung übernahm. Kein Wunder also, dass die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie Artemis als „Geburtsstunde der europäischen Sicherheitspolitik“ bezeichnete. Im Dezember 2004 wurde schließlich die NATO-Mission in Bosnien-Herzegowina von der EU übernommen. Dieser „Althea“ genannte Einsatz beweist mit seinen bis zu 7.000 Soldaten, dass es sich schon heute bei den EU-Streitkräften keineswegs um einen Papiertiger handelt. Seither kommen immer häufiger weitere Einsätze hinzu, der wichtigste davon, EUFOR DR Congo, bei dem 2000 Soldaten, 780 davon aus Deutschland, offiziell „Hilfe beim demokratischen Neubeginn“ leisteten, wie es seinerzeit die Homepage der Bundeswehr formulierte, fand im zweiten Halbjahr 2006 statt. Hierum ging es zwar am allerwenigsten (s.u.), es gehört jedoch zum guten Ton, die militärische Durchsetzung europäischer Interessen mit moralischen Floskeln zu bemänteln.

Wiederum ist es bezeichnend, dass ein weiterer wichtiger Impuls für die Fortentwicklung der Militärmacht EUropa erneut als Reaktion auf einen US-amerikanischen Angriffskrieg, den gegen den Irak, beim so genannten „Pralinengipfel“, dem Treffen der Staatsoberhäupter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, Ende April 2003, erfolgte. Dort wurde die, explizit als Konsequenz aus dem amerikanischen Alleingang und den heftigen Konflikten zwischen Washington und dem „alten Europa“ begründete Entscheidung zum Aufbau eines unabhängigen Hauptquartiers für die Planung und Durchführung künftiger EU-Einsätze gefällt. Wie zu erwarten

war, wurden diese Pläne von Washington scharf kritisiert, weshalb man sich zwischenzeitlich als Kompromiss darauf einigte eine „EU-Zelle“ im NATO-Hauptquartier (SHAPE) in Mons zu installieren. Damit waren diese Pläne jedoch nicht vom Tisch, inzwischen wurde eine so genannte Zivil-militärische Zelle eingerichtet, die den Kern eines EU-Generalstabs und den Nukleus eines eigenständigen europäischen Hauptquartiers bildet. Sie kann Einsätze im Umfang von bis zu 2000 Soldaten leiten.

Im Juni 2004 wurde schließlich eine neue militärische Zielvorgabe, das „Headline Goal 2010“, vom Europäischen Rat beschlossen, das u.a. den Aufbau von EU-Kampftruppen vorsieht: „Das Battlegroups-Konzept beruht auf einer französisch-britisch-deutschen Initiative von 2003 zur Stärkung der Fähigkeiten der Europäischen Union zur schnellen Krisenreaktion. Battlegroups haben einen multinationalen Umfang von jeweils 1.500 Soldaten und sind zur schnellen und entschiedenen Aktion im gesamten Aufgabenspektrum der Europäischen Union konzipiert. Sie sollen in der Lage sein, falls es eine Krisensituation erfordert, bereits fünfzehn Tage nach der Ratsentscheidung über das Krisenmanagementkonzept mit der Auftragserfüllung im Einsatzgebiet beginnen zu können. Als Planungsrichtwert für die Einsatzentfernung wurden 6.000 Kilometer vereinbart.“<sup>98</sup> Seit Januar 2007 stehen die ersten der insgesamt 19 bislang geplanten Kampfeinheiten zur Verfügung, die im Übrigen auch explizit ohne UN-Mandat eingesetzt werden können.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die EU-Politik auf die Zivil-militärische Zusammenarbeit, die enge Verzahnung (und Unterordnung) developmentspolitischer, wirtschaftlicher polizeilicher und humanitärer Instrumente mit dem Militär. Dabei verschwimmt zusehends die Unterscheidung, wo das Zivile endet und das Militärische beginnt. Diese Paramilitarisierung der EU-Außenpolitik zeigt sich beispielsweise daran, dass vermehrt Entwicklungshilfegelder für sicherheitsrelevante Bereiche verwendet und so der Armutsbekämpfung entzogen werden. Beispielsweise stammen die Gelder zur so genannten Sicherheitssektorreform im Kongo oder der logistischen Unterstützung der „AMIS“-Mission im Sudan aus dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds. Zunehmend ununterscheidbar wird auch der Unterschied zwischen Militär und Polizei. So wurde Anfang 2006 die „European Gendamerie Force“ in Dienst gestellt, eine quasi-militärische Truppe, die primär zur Aufstandsbekämpfung (riot control) dienen soll. Am bisher weitesten geht die im Auftrag Javier Solanas verfasste „Human Security Doctrine for Europe“, die sich allerdings noch im Diskussionsstadium befindet. Dort wird für den Aufbau einer stehenden zivil-militärischen Truppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten plädiert. Schon dieser kurze Überblick zeigt, wie weit die Militarisierung Europas bereits fortgeschritten ist, was auch durch den EU-Verfassungsentwurf bestätigt wird.

---

<sup>98</sup> Weißbuch, 2006, S. 46.

## Die verfasste Militarisierung

Trotz der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags wird gerade auch von deutscher Seite Druck gemacht, das Dokument in der einen oder anderen Form wiederzubeleben, weshalb es wie erwähnt von fortdauernder Relevanz bleibt, gerade was den militärpolitischen Bereich anbelangt.

So sieht der Vertrag vor, dass die EU-Streitkräfte für „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und [zur] Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ genutzt werden sollen.<sup>99</sup> Dieses extrem weit gefasste Mandat wird zusätzlich an derselben Stelle noch um den besorgniserregenden Verweis auf militärische „Abrüstungsmaßnahmen“ ergänzt. Dies deutet den Willen an, analog zur US-Doktrin, der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln gegebenenfalls mittels Präventivkriegen vorzubeugen, eine Forderung, die sich auch in der ESS wieder findet: „Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. (...) Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. (...) Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“<sup>100</sup> Dankenswerterweise könnten diese Gefahren „nicht mit *rein militärischen Mitteln* bewältigt werden“<sup>101</sup> [Hervorhebung JW], aber eben auch und wohl auch primär: „Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“<sup>102</sup>

Ebenfalls weit reichend ist die explizite Verankerung einer Aufrüstungsverpflichtung im Verfassungsvertrag: „Die Mitgliedstaaten *verpflichten* sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“<sup>103</sup> [Hervorhebung JW]. Um die Einhaltung dieser Verpflichtung zu kontrollieren, regt der Vertrag die Gründung einer „Europäischen Verteidigungsagentur“ an. Dass diese Agentur, die vom Europäischen Rat im Juni 2004 bereits ins Leben gerufen wurde, in einer früheren Fassung als „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ bezeichnet wurde, macht ihre eigentliche Zielsetzung überdeutlich.

Ein weiterer entscheidender Aspekt des Verfassungsvertrags ist die Aushebelung des Parlamentsvorbehaltes: „Europäische Beschlüsse zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission nach diesem Artikel, werden vom Rat einstimmig auf Vorschlag des Außenministers der Union oder auf Initiative eines Mitgliedstaats erlassen.“<sup>104</sup> Dies bedeutet nichts anderes, als dass allein die Exekutive, also der Ministerrat, über EU-Kriegseinsätze entscheiden soll, dem Parlament wird lediglich ein Anhörungsrecht eingeräumt. Hierbei handelt es sich eine dauerhafte per Verfassung legitimierte Aushebelung demokratischer Kontrollmöglichkeiten. Zuletzt sollte an dieser Stelle noch darauf hingewiesen werden, dass der geltende Vertrag von Nizza die Aufstellung eines eigenständigen

<sup>99</sup> EU-Verfassungsvertrag, Artikel III-309, Absatz 1.

<sup>100</sup> ESS, S. 6f.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>102</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>103</sup> EU-Verfassungsvertrag, Artikel I-40, Absatz 3.

<sup>104</sup> Ebenda, Artikel I-41, Absatz 4.

Militärhaushalts im Gegensatz zur Verfassung verbietet, weshalb man sich derzeit noch mit allerlei Tricks behelfen muss. So läuft also die Strategie- und Streitkräfteplanung zielgerichtet darauf hinaus, künftig immer häufiger auf die militärische Karte zu setzen. Wie eingangs erwähnt sind hierfür v.a. drei Gründe entscheidend, denn der beachtliche Militärhaushalt der EU-Länder, zusammengenommen ca. 210 Mrd. Dollar (2004), soll sich schließlich auszahlen.

### **Globalmacht EUropa**

Eine der zumeist unerzählten Geschichten des Verfassungsvertrags ist die Tatsache, dass sich bei seiner Verabschiedung die Macht- und Einflussverteilung innerhalb der Europäischen Union massiv zugunsten der größeren Staaten verändern würde. So würde sich Deutschlands Stimmgewichtung im Ministerrat, dem entscheidenden Gremium der Union, von 9 auf 18,2 Prozent mehr als verdoppeln, was dem größten Zugewinn unter allen Staaten entspräche. Auch Frankreich (von 9 auf 13,2), Italien (von 9 auf 12,6) und Großbritannien (von 9 auf 13) würden zu den Gewinnern zählen.

Ebenso wie innerhalb der EU die Mächtigen immer mehr vom Kuchen abhaben wollen, verhält es sich auch auf internationaler Ebene, insbesondere ist man mit der bisherigen Rolle als „Subunternehmer Amerikas“ (Ernst-Otto Czempiel) unzufrieden. Der Anspruch auf globale Machtausübung kommt beispielsweise in der ESS deutlich zum Tragen: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union (...) zwangsläufig ein globaler Akteur. (...) Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.“<sup>105</sup> Im „European Defence Paper“, dem Entwurf für ein europäisches Weißbuch, wird allerdings nüchtern konstatiert, dass die USA keineswegs gewillt sind, die Europäische Union als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren: „Die Arbeitshypothese der Nationalen Sicherheitsstrategie unterstreicht Amerikas unanfechtbare weltweite Vorherrschaft. Aber diese beispiellose Hegemonialposition (...) muss aufrechterhalten werden, um andere Staaten davon abzuhalten die amerikanische Machtfülle herauszufordern. (...) Keinem Staat wird es erlaubt, mit den USA gleichzuziehen.“<sup>106</sup> Da dies offensichtlich mit den europäischen Präferenzen kollidiert, folgt im „Defence Paper“ eine ganze Litanei harscher Vorwürfe: Die USA hätten „revisionistische Ambitionen“, sie verfolgten einen „manichäischen Ansatz“, geprägt von einer „ideologischen Perspektive“ sowie „missionarischem Eifer“, der „Krieg als Lösung der neuen Sicherheitsprobleme“ betrachte.<sup>107</sup> Zwar treffen diese Beschuldigungen weit gehend zu, dennoch wirft dieser neue kritische Ansatz Fragen nach dessen eigentlicher Motivation auf.

Ohne ernst zu nehmende militärische Fähigkeiten jedenfalls erscheint EUropas machtpolitischer Aufstieg illusorisch. Wenn George W. Bush schreibt: „Wir kommen hier zu einer entscheidenden Zeit in der Geschichte (...) der zivilisierten Welt zusammen. Ein Teil dieser Geschichte ist von anderen geschrieben worden, der Rest wird von uns geschrieben werden,“ wird dies von Robert

---

<sup>105</sup> ESS, S. 1.

<sup>106</sup> European Defence Paper, S. 30.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 35.

Cooper folgendermaßen kommentiert: „Wenn dieses ‚uns‘ auch die Europäer einschließen soll, müssen wir mehr Einfluss auf die Vereinigten Staaten ausüben. Und das bedeutet, wir brauchen mehr Macht – auch mehr militärische Macht.“<sup>108</sup> Dies soll künftig sicherstellen, dass Differenzen bei der Ausbeutung der restlichen Welt nicht ausschließlich zugunsten Washingtons beigelegt werden können. Burden und power sharing – mehr Clinton, weniger Bush ist die strategische Vision Coopers. Mit anderen Worten: „The West against the Rest.“

Angesichts der Tatsache, dass Washington hiervon alles andere als begeistert ist, könnte eine hochgerüstete Europäische Union durchaus auf Kollisionskurs mit den Vereinigten Staaten geraten. Entlarvend jedenfalls ist der diesbezügliche Verweis Coopers auf die Eigenlogik des Militärischen: „Würde Europa anders handeln, wenn es mehr militärische Macht hätte? Wahrscheinlich ja. Auf wirtschaftlichem Gebiet, wo Europa mehr oder weniger als Einheit handelt und ein Gewicht ähnlich dem der Vereinigten Staaten hat, geht es sehr viel rauer und härter vor.“<sup>109</sup>

### **Militärische Rohstoffsicherung**

Eine sichere Ölversorgung stellt buchstäblich das Schmiermittel jeder Industrienation dar, ihr gilt deshalb größte Aufmerksamkeit: „Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteure der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 % durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 % erreicht haben.“<sup>110</sup> Aufgrund der schwindenden Weltölvorkommen bei gleichzeitig rapide wachsender Nachfrage, ist die militärische Energiesicherung nicht nur in den USA, sondern auch innerhalb der Europäischen Union immer stärker in den Mittelpunkt der Strategieplanung gerückt.

Das „European Defence Paper“ lässt diesbezüglich jegliche Maske fallen: „Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren (...), indem Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Bspws. durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, [oder] der Störung der Handels- und Warenströme.“<sup>111</sup> Konkret wird daraufhin folgendes Szenario beschrieben: „In einem Land x, das an den indischen Ozean grenzt, haben anti-westliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.“ Ziel sei es „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallation, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.“<sup>112</sup>

Zwar gilt dem Öl das Hauptaugenmerk, jedoch ist man durchaus auch an anderen Rohstoffen interessiert, wie sich anhand des EU-Einsatzes im Kongo gezeigt hat. Das Land verfügt über zahlreiche Bodenschätze, weshalb zum Beispiel der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung recht unumwunden mit dem Argument der Rohstoffsicherung für den Einsatz warb. Da

---

<sup>108</sup> Cooper, Robert: Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht, a.a.O.

<sup>109</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>110</sup> ESS, S. 3.

<sup>111</sup> European Defence Paper, S. 81.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 83.

man aber gerade in Deutschland das moralische Deckmäntelchen bevorzugt, bot sich hierfür die Wahlhilfe geradezu an, wie Ex-Staatssekretär Walter Stütze in beeindruckender Deutlichkeit zugibt:

“Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! (...) Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.“<sup>113</sup>

### **Die Militärische Absicherung der Globalisierung**

Es ist schon zynisch, wenn die Armutsbekämpfung sowohl im EU-Verfassungsvertrag als auch in der ESS zum obersten Ziel der EU-Außenpolitik erklärt, gleichzeitig dort aber ausgerechnet der Internationale Währungsfond und die Weltbank hierfür als die „Schlüsselinstitutionen“ bezeichnet werden. Es werden hiermit also genau jene Einrichtungen betraut, die seit langem mit ihrer neoliberalen Politik für die massive Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung sorgen.

Dabei gibt es zwischen neoliberaler Globalisierung und der von ihr verursachten Verarmung sowie der EU-Militarisierung einen unmittelbaren Zusammenhang. Selbst Weltbank und Bertelsmann-Stiftung haben in Studien inzwischen belegt, dass Armut, nicht etwa religiöse, ethnische oder sonstige Faktoren wie zumeist suggeriert wird, der bei weitem einflussreichste Faktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt darstellt, ohne natürlich auf die diesbezüglich maßgebliche Rolle der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung einzugehen.<sup>114</sup> Während also die neoliberale Globalisierung einerseits den westlichen Großkonzernen neue Profitmöglichkeiten eröffnet, müssen auf der anderen Seite die permanent produzierten Konflikte „befriedet“ werden, um weiterhin die Realisierung von Profiten zu gewährleisten. Es ist diese Überlegung, die sich hinter den Forderungen nach militärischem Demokratie- und Stabilitätsexport in „gescheiterten Staaten“ verbirgt.

Darüber hinaus geht es auch darum, Staaten, die sich auf die eine oder andere Art als renitent erweisen, abzustrafen. Dies geht deutlich aus den Aussagen Robert Coopers hervor, der ein wesentlicher Verfasser der ESS war. Er fordert schon lange einen „liberalen Imperialismus“, dessen beide Komponenten von ihm als Grundlage der künftigen europäischen Außenpolitik betrachtet werden: „Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt (...) Diese Institutionen bieten Staaten, die ihren Weg zurück in die globale Ökonomie und in den tugendhaften Kreis von Investitionen und Prosperität finden wollen, Hilfe an. Im Gegenzug stellen sie Forderungen auf, von denen sie hoffen, dass sie die politischen und ökonomischen

<sup>113</sup> PHOENIX Runde vom 07.11.2006.

<sup>114</sup> World Bank: *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*, Oxford, 2003; Bertelsmann-Stiftung (Hg.): *Political Violence, Extremism and Transformation*, Gütersloh, 2006.

Versäumnisse beheben, die zu der ursprünglichen Notwendigkeit für Unterstützung beitrugen.“<sup>115</sup> Dieses kaltschnäuzige Bekenntnis zur neoliberalen Globalisierung mitsamt ihren katastrophalen Konsequenzen wird vom zweiten Bestandteil ergänzt, der sich mit ihrer militärischen Absicherung befasst: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“<sup>116</sup>

Coopers Forderung, dass Staaten, die sich nicht an die neoliberalen Spielregeln halten, unter Umständen auch militärisch gemäßregelt werden, findet sich auch in der: „Eine Reihe von Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anbelangt.“<sup>117</sup> Solche Sätze sind als eindeutige Drohungen an all jene Länder zu verstehen, die Coopers Begeisterung für die Spielregeln des internationalen Systems, den „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie“, aus verständlichen Gründen nicht teilen.

## Fazit

Die Militarisierung der europäischen Außenpolitik dient der Durchsetzung ökonomisch-strategischer Interessen und verschärft damit gleichzeitig zahlreiche Konflikte, die es wiederum gewaltsam zu „befrieden“ gilt. Die Alternative liegt auf der Hand: ein vollständiger Gewaltverzicht gekoppelt mit einer umfassenden Abrüstung. Hiermit könnte ein wirklich konstruktiver Beitrag zur Verhinderung und Vorbeugung von Konflikten geleistet werden, wenn die so gesparten Ressourcen sinnvoll in die Armutsbekämpfung investiert würden.

Dass stattdessen die Militarisierung EUropas in atemberaubendem Tempo fortgesetzt wird, ist nicht zuletzt Deutschlands „Verdienst“, das hierbei eine „Vorreiterrolle“ einnimmt, wie Ex-Verteidigungsminister Peter Struck stolz zu Protokoll gab. Zu einem guten Teil handelt es sich hierbei um eine Entwicklung „Made in Germany“, weshalb gerade in Deutschland ein wirksamer Protest ansetzen muss.<sup>118</sup> Angesichts der dramatischen sozialen Kahlschläge dürfte wenigen Teilen der Bevölkerung die Sichtweise von Michael Dauderstädt, dem Leiter der Abteilung

---

<sup>115</sup> Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London, 2002, S. 11-20, S. 18.

<sup>116</sup> Cooper, Robert: The Post-Modern State, a.a.O., S. 16.

<sup>117</sup> ESS, S. 10.

<sup>118</sup> Haid, Michael: Made in Germany: Deutschlands Rolle bei der Militarisierung der EU, in: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hg.): Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg, 2006, S. 131-145.



Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, einleuchten: „Die Europäische Union hat 2002 etwa 46 Mrd. Euro für die Landwirtschaft ausgegeben. (...) Warum diese Ausgaben unsozial sind, ist bekannt. (...) Die EU sollte dieses Geld besser für die Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern einsetzen. (...) Die Rüstungspolitik der EU sollte den zentralen sicherheitspolitischen Zielen der EU dienen: Die Herausforderungen von Terrorismus, so genannten Failed States, und Massenvernichtungswaffen erfordern andere Kapazitäten als die nukleare Abschreckung und die Panzerarmeen der Territorialverteidigung. (...) In der offensiven Bekämpfung muss die Rüstung ein Militär ausstatten, dessen Einsatzprinzipien denen einer globalen Polizeitruppe entsprechen. Das Zerstörungspotential muss präzise sei. Das Einsatzgebiet ist oft außerhalb Europas. (...) Europa braucht eine gemeinsame Rüstungspolitik statt der Gemeinsamen Agrarpolitik, also Kanonen statt Butter.“<sup>119</sup>

Tatsächlich lehnen es 65% der deutschen Bevölkerung ab, dass die Europäische Union „ihre militärische Macht ausbau[t], um eine größere Rolle in der Welt zu spielen.“<sup>120</sup> Widerstand ist also möglich, das Protestpotenzial ist erheblich, es muss nur endlich gelingen es zu aktivieren.

---

<sup>119</sup> Financial Times Deutschland, 13.1.2004.

<sup>120</sup> Transatlantic Trends: Umfragedaten 2006, S. 11.